

Revision des Steuergesetzes abgelehnt

Kantonsrat: Zweiter Sessionstag im Dezember

Der Kanton Luzern nimmt keine Revision des Steuertarifs in Angriff. Das Parlament hat am Dienstag eine entsprechende Forderung der SP für eine Entlastung des Mittelstands mit 65 zu 38 Stimmen abgelehnt.

Der Luzerner SP-Präsident und Kantonsrat David Roth (Luzern) wollte mit einer Motion eine «gerechtere Verteilung der Steuerlast» erreichen. Bei einer Steuerfussenkung würden vor allem die profitieren, die ohnehin schon viel hätten. Deswegen brauche es ein Anpassung des Tarifs. Unterstützt wurde die SP von den Grünen.

Riccarda Schaller (GLP, Malters) beantragte, die Motion in der abgeschwächten Form des Postulats zu überweisen. Sie begründete dies damit, dass der Regierungsrat zunächst ganzheitliche Grundlagen zur Steuerpolitik erarbeiten solle, bevor Massnahmen beschlossen würden.

Schlechter Zeitpunkt

Mitte, SVP und FDP lehnten aber sowohl Motion wie Postulat ab. Sie betonten, dass der Mittelstand in der Vergangenheit bereits entlastet worden sei. Die Motion komme zudem zu einem denkbar ungünstigen Moment. Erwähnt wurden dabei die Folgen der Pandemie und des Klimawandels.

Der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats setzen damit lieber auf Anpassungen des Steuerfusses als auf eine Revision des Tarifs. Dies erlaube mehr Flexibilität, um auf die Ausgaben- und Einnahmensituation reagieren zu können, erklärte der Regierungsrat. Der Kantonsrat hatte im Oktober den Steuerfuss für 2022 von 1,7 auf 1,6 Einheiten gesenkt.

Offene Fragen

Eine Unsicherheit, die auf die Finanzpolitik zukommt, ist die globale Mindeststeuer, dies weil Luzern tiefe Unternehmenssteuern hat. Dumping

tion einen Planungsbericht, der aufzeige, wie er den Risiken begegnen und die Attraktivität Luzerns stärken könne.

Eine seriöse Auseinandersetzung mit der Mindeststeuer sei noch nicht möglich, denn es seien noch sehr viele Fragen offen, sagte Finanzdirektor Reto Wyss (Mitte). Das Parlament folgte dem und lehnte die Motion mit 74 zu 31 Stimmen ab. [sda]



Regierungsrat Reto Wyss (Mitte) hat, wenn es um die Steuerpolitik geht, die Mehrheit des Kantonsparlaments hinter sich. [Archivbild sda]

Ausserdem hat der Kantonsrat ...

... nach zweiter Lesung mit 81 zu 25 Stimmen die Finanzierung von Deponiesanierungen um fünf Jahre verlängert. Damit müssen weiterhin die Gemeinden die Kosten übernehmen, wenn die Deponieverantwortlichen nicht mehr in die Pflicht genommen werden können.

... ein Postulat von Korintha Bärtsch (Grüne, Luzern) zu Teststrecken für lärmarme Strassenbeläge diskussionslos und einstimmig überweisen.

... ein Postulat von Hasan Candan (SP, Luzern) zur Förderung der Trockenwiesen mit 76 zu 32 Stimmen abgelehnt.

... eine Motion von Anja Meier (SP, Willisau) mit 72 zu 35 Stimmen abgelehnt, die das kantonale Stimm- und Wahlrecht für Auslandschweizerinnen und -schweizer forderte.

... eine Motion von Gabriela Kurer (Grüne, Luzern) zu Steuererhöhungen für Fahrzeuge mit hohen Emissionen mit 65 zu 43 Stimmen

in der abgeschwächten Form des Postulats überweisen. Das Anliegen Kurers wird nun bei der anstehenden Neugestaltung der Motorfahrzeugsteuer geprüft.

... eine Motion von Thomas Meier (FDP, Schenkon) mit 97 zu 11 Stimmen als Postulat überweisen. Der Regierungsrat muss damit prüfen, wie die private Solarstromproduktion, die den Eigenverbrauch übersteigt, steuerlich interessanter ausgestaltet werden kann.

... ein Postulat von Angela Lüthold (SVP, Nottwil) zur Gewässerumfestlegung mit 98 zu 0 Stimmen gutgeheissen.

... ein Postulat von Gaudenz Zemp (FDP, St. Niklausen) zur Handlungsfähigkeit des Kantons in ausserordentlichen Lagen im Einklang mit der Regierung teilweise überweisen, und zwar mit 100 zu 0 Stimmen. Er sprach sich damit auch gegen ein parlamentarischer Dringlichkeitsrecht aus. [sda]

Haussanierungen nicht stärker fördern

Kanton Luzern: Motion abgelehnt

Wer ein Haus renoviert, statt es abzureissen, soll im Kanton Luzern nicht auf Hilfe der öffentlichen Hand zählen können. Der Regierungsrat will Gebäudesanierungen nicht mit zusätzlichen Anreizen fördern und lehnt eine entsprechende Motion aus den Reihen der Grünen ab.

Immer mehr Architektinnen und Stadtplanern sei der Abriss-Trend ein Dorn im Auge, und dies vor allem aus Umwelt- und Klimaschutzgründen, hält Kantonsrätin Judith Schmutz (Grüne, Rain) in ihrem Vorstoss fest. Weil Sanierungen aber oft teurer seien, fördert sie Anreize im Luzerner Planungs- und Baugesetz, damit eher saniert werde, statt abgerissen und neugebaut.

Der Regierungsrat lehnt dies aber ab, wie er in seiner Antwort auf die Motion erklärt, die am Montag veröffentlicht wurde. Der Kanton fördere seit Jahren die energetische Sanierung von Gebäuden und werde dazu künftig die Mittel noch erhöhen.

Genügend Anreize vorhanden

Zudem schlage er im Planungsbericht Klima und Energie vor, treibhausgasarme Baumaterialien finanziell zu fördern. Bereits vorgeschrieben sei per Gesetz, dass kostspielige Sanierungen auch eine energetische Verbesserung bringen müssen.

Gemäss der Regierung bestehen damit «bereits ausreichend Anreize für eine Sanierung von Gebäuden». Weitere Anreize seien unnötig. Schliesslich sei in gewissen Fällen ein Abriss einer

Kantonsrat unterstützt Einheitsprämie für Gebäude

Sursee Im Kanton Luzern soll die Versicherungsprämie für Holzhäuser nicht mehr höher sein als für gemauerte oder aus Beton gefertigte Gebäude. Der Kantonsrat hat gestern Dienstag am zweiten Sessionstag in der Stadthalle Sursee ein Postulat von Hanspeter Bucheli (Mitte, Ruswil), gemäss dem die höhere Prämie für sogenannte Nichtmassivbauten gesenkt werden solle, mit 87 zu 25 Stimmen überwiesen. Ungeteilte Unterstützung für die Einheitsprämie erhielt Bucheli von SP, Grünen, GLP, SVP, Mitte und FDP waren gespalten. Daniel Keller (SVP, Udligenswil), lehnte das Postulat ab, weil es noch viele ältere Holzbauten gebe. Die Gebäudeversicherung würde Prämien von 2,8 Millionen Franken verlieren, dies sei ein relevanter Betrag. Minderheiten von Mitte und FDP erklärten, dass die Risikoprämie richtig und die Einheitsprämie falsch seien, denn das Schadensrisiko sei bei Holzbauten grösser als bei Massivbauten.

Regierungsrat Paul Winiker (SVP) sagte, die Einheitsprämie sei vertretbar und vorausschauend. Er verwies darauf, dass die Gebäudeversicherung Prämienzuschläge erheben könne, wenn ein Gebäude die Brandschutzvorgaben nicht einhalte. Es sei also eine Differenzierung möglich. [sda]

Sanierung vorzuziehen, etwa mit Blick auf die Verdichtung oder schlechte Baubestand. [sda]



Ein Gebäude abzureissen, statt es zu sanieren, sei in gewissen Fällen besser, findet der Luzerner Regierungsrat. [Bild sda]

eindrücke aus dem Kantonsrat

Ohne Gesundheit ist alles nichts!



Kantonsrat Guido Roos, Die Mitte, Wolhusen

Die Finanzen des Kantons Luzern und deren erfreuliche Gesundheit waren das grosse Thema der vorletzten Session Ende Oktober 2021. Dabei hatten wir auch über die Luzerner Spitäler und deren Finanzen diskutiert. Konkret ging es um das Spital Wolhusen. Scheinbar rentiere dies nach gängigen Berechnungsmethoden zu wenig. Mit klaren Mehrheiten hat der Kantonsrat in der Oktober-Session den Auftrag erteilt, dass der Kanton in Zukunft solche, allfällig nicht gedeckten, Kosten – im Fachjargon «gemeinwirtschaftliche Leistungen» genannt – finanzieren müsse.

Gesundheitsversorgung

Für jedes Gebiet ist eine langfristige funktionierende Gesundheitsversorgung von grosser Bedeutung – auch für unsere Region. Die aktuell vorhandene berechnete Sorge um die Ge-

sundheitsversorgung kam auch an der Dezember-Session zum Ausdruck. Kollege Carlo Piani aus Sursee (Mitte) hatte dem Regierungsrat kritische Fragen zur Entwicklung des Zentrumsspitals Luzern gestellt. Carlo Piani hat wie ich die Befürchtung, dass die Luks-Gruppe immer mehr Leistungen am Zentrumsspital Luzern zentralisiert und dieses so schleichend zu einem «Universitätsspital» wird. Die Regierung verneinte zwar diese Absicht. In meinem Votum im Kantonsrat wies ich darauf hin, dass es zu keiner weiteren Zentralisierung von medizinischen Leistungen am nur mässig gut erreichbaren Spitalstandort Luzern kommen dürfe. Im Gegenteil seien die guten Akutspitäler in Sursee und Wolhusen in ihrer Funktion zu stärken.

Gesunde Psyche

An der Session von dieser Woche haben wir auch die psychiatrische Versorgung im Kanton Luzern diskutiert. Leider herrscht dort seit ein paar Jahren ein grosser Mangel, es fehlt an Fachkräften. Vor allem in der Jugendpsychiatrie bestehen zurzeit sehr lange Wartezeiten. Mit der klaren Zustimmung zum von der Regierung vorgelegten

Bericht haben wir die entscheidenden Weichen gestellt, dass sich die Situation in Zukunft deutlich verbessert.

Stimmrechtsalter 16

Kantonsrat Samuel Zbinden aus Sursee (Grüne/Junge Grüne) hatte gefordert, dass in unserem Kanton das Stimmrechtsalter 16 eingeführt werden soll. Diese mögliche Einführung bedarf einer Volksabstimmung, da dies in der Kantonsverfassung geregelt ist. Im Kantonsrat hatten wir darüber abzustimmen, ob diese Frage dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Mit einer sehr knappen Differenz von lediglich drei Stimmen hat der Kantonsrat dies abgelehnt. Meiner Meinung nach gehören Rechte und Pflichten unteilbar zusammen. Mit 18 Jahren wird man volljährig und erhält viele Rechte wie auch umfangreiche Pflichten. Bereits mit 16 Jahren ein Recht ohne dazugehörige Pflichten zu erhalten, ist für mich nicht richtig. Für mich wäre Stimmrechtsalter 16 eine ungesunde Entwicklung, bei der «geben und nehmen» nicht mehr ausgeglichen wären. Aus diesen Gründen habe ich beim Stimmrechtsalter 16 Nein gestimmt.

Ausblick ins Jahr 2022

Das Thema, welches mich als Kantonsrat in den nächsten Monaten sicherlich am meisten beschäftigen wird, ist das zukünftige Angebot an unserem sehr guten Grundversorgerspital Wolhusen. Hier ist aktuell viel zu viel unklar. Dementsprechend ist das Personal verunsichert. Zusammen mit anderen Kantonsräten aus der Region werde ich mich mit voller Kraft dafür einsetzen, dass möglichst rasch Klarheit geschaffen wird und die richtigen Entscheide bezüglich des künftigen Angebots getroffen werden. Denn es geht um sehr viel: es geht um die funktionierende Gesundheitsversorgung für unsere Region in den kommenden Jahrzehnten – und somit für einer unserer wichtigsten Werte überhaupt: um unsere Gesundheit. Gesundheit ist nicht alles – aber ohne Gesundheit ist alles nichts!

Ich wünsche Ihnen glückliche und erfüllte Weihnachtstage – und natürlich beste Gesundheit im kommenden Jahr.

«Eindrücke aus dem Kantonsrat» – unter diesem Titel äussern sich die Mitglieder aus unserer Region im Anschluss an die Sessions des Kantonsparlamentes. Gastautor der Januarsession ist Pius Kaufmann, Die Mitte, Wiggen.

Anfrage zum Spitalneubau

Kantonsrat Helen Schurtenberger (FDP, Menznau), reichte am Dienstag eine Anfrage mit fünf Fragen ein, die sich um das Thema Spitalneubau in Wolhusen drehen. In der Anfrage heisst es, dass beim Neubau Kinderspital und Frauenklinik künftige Nutzerinnen, Ärzte, Pflegepersonal in den Planungsprozess miteinbezogen wurden. Dieses sogenannte Modell «Form follow Function» werde aber für den Neubau des Spitals Wolhusen nicht angewendet. Der Baustart stünde bald bevor, aber es sei noch nicht klar, welche Disziplinen angeboten würden. Neben der Frage, wann Institutionen wie Spitex, Heime, Hausärzte und Spitalinterne Akteure in die Gebäudeplanung einbezogen werden, lautet eine andere Frage, warum in Wolhusen das Leistungsangebot erst nach dem Baustart festgelegt werde? Weiter ist in der Anfrage zu lesen, dass bei den Mitarbeitenden am Spital grosse Unsicherheiten bestehen. Zudem klingt eine weitere Sorge in der Anfrage mit: «Mit welchen Massnahmen soll erreicht werden, dass nicht noch weiteres Fachpersonal und Fachärzte in leitenden Positionen kündigen?» Die Anfrage ist hängig und noch nicht zugewiesen. [pd/jur]